

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Brexit

Einigung über
Nordirland-Protokoll erzielt
>> 3

Schnelles Internet

Gigabit-Standard für
alle bis 2030
>> 4

Verkehrssicherheit

EU-Kommission strebt den
digitalen Führerschein an
>> 5

■ CYBER-SICHERHEIT

EU-Kommission steigt bei TikTok auf Dienstgeräten aus

Wegen Sicherheitsbedenken setzt die EU-Kommission die Nutzung der chinesischen TikTok-App auf den Dienstgeräten ihrer Beschäftigten aus. Die Regelung gilt auch für private Endgeräte, auf denen dienstliche Anwendungen installiert sind. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton hatte bereits zuvor in einer Unterredung mit TikTok-Chef Shou Zi Chew die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen durch das Unternehmen angemahnt.

Mit Blick auf das Aussetzen der TikTok-Nutzung erklärte er, dass die EU-Kommission beim Thema Cyber-Sicherheit sehr aufmerksam sei. Das Europäische Parlament folgte für seine Beschäftigten dem Vorbild der EU-Kommission.

[Social-Media](#)



Aus Anlass des ersten Jahrestages des russischen Überfalls auf die Ukraine wurden Gebäude in der ganzen EU in den ukrainischen Farben illuminiert, wie hier in Berlin.

© European Union 2023

■ JAHRESTAG

Von der Leyen bekräftigt Solidarität mit der Ukraine

Zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Freiheitswillen des Landes gewürdigt. Bei einem Besuch in Estlands Hauptstadt Tallinn erklärte die Präsidentin: „Die Ukraine verkörpert den Mut einer Nation, die in ihrem Streben nach Freiheit nie nachlassen wird.“ Ein chinesisches Positionspapier zum Krieg in der Ukraine wies von der Leyen mit dem Argument zurück, China habe in dem Konflikt bereits Partei für Russland ergriffen.

Die Präsidentin beging in Tallinn gemeinsam mit der estnischen Regierungschefin Kaja Kallas und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg Estlands Unabhängigkeitstag. Der baltische EU-Mitgliedstaat hatte sich vor über hundert Jahren vom russischen Reich losgesagt, von der Leyen zog Parallelen: „So wie Estland sich stolz als freier und unabhängiger Staat präsentiert, wird sich auch die Ukraine durchsetzen.“ Sie sicherte der Ukraine weitere Solidarität zu: „Die Ukraine wird sich durchsetzen, weil Europa und seine Partner und Verbündeten standhaft bleiben.“

Bei einer Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten verurteilte von der

Leyen die russische Aggression. In der UN-Vollversammlung forderten 141 Staaten und damit erneut eine große Mehrheit den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, begrüßte das Votum und sagte in New York: „Diese Abstimmung zeigt, dass die internationale Gemeinschaft an der Seite der Ukraine steht.“

NEUE SANKTIONEN

Seit Ausbruch des Krieges haben EU-Kommission und Mitgliedstaaten der Ukraine bisher Hilfen von rund 67 Milliarden Euro zugesichert – einschließlich der Unterstützung für Kriegsflüchtlinge aus dem Land.

>>

“ Ein Jahr ist seit dem Beginn seines brutalen Krieges vergangen, und Putin hat kein einziges seiner strategischen Ziele erreicht.

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

Breite Zustimmung der Bevölkerung

Der Ukraine-Kurs der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten wird von der europäischen Bevölkerung mit großer Mehrheit befürwortet. Das zeigt eine Eurobarometer-Umfrage zum ersten Jahrestag des Krieges. In Deutschland sind demnach 92 Prozent mit der Bereitstellung humanitärer Hilfe für das Land einverstanden, das liegt leicht über dem EU-Durchschnitt von 91 Prozent. 86 Prozent der Menschen in Deutschland befürworten die Aufnahme von Kriegsflüchtlings in der EU, im europäischen Durchschnitt teilen diese Ansicht 88 Prozent.

Die europäischen Finanzhilfen für die Ukraine begrüßen 80 Prozent der Deutschen (EU-27: 77 Prozent). Die Sanktionen gegen Russland befürworten 74 Prozent – sowohl in Deutschland als auch EU-weit.



Zuletzt wurde unter anderem vereinbart:

Neue Sanktionen: Auf Initiative der EU-Kommission verabschiedeten die Mitgliedstaaten weitere Restriktionen gegen Russland. Von der Leyen sprach von den „härtesten Sanktionen, die je durch die Europäische Union verhängt wurden.“ Das zehnte Sanktionspaket sieht unter anderem Ausfuhrbeschränkungen für weitere elektronische Bauteile vor, etwa Mikrotechnik für Drohnen, und für Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Darüber hinaus soll die Einhaltung der Sanktionen strenger überwacht und Verstöße verhindert werden.

Schutz von Kindern: Seit Beginn des Krieges wurden tausende Kinder aus der Ukraine nach Russland verschleppt und dort zur Zwangsadoption freigegeben. Gemeinsam mit der Regierung Polens und mit Unterstützung der Vereinten Nationen startete die EU-Kommission eine Initiative gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der russischen Regierung. Das Ziel: Die Kinder aufspüren und in ihre Heimat zurückbringen, Beweise sammeln sowie die Verantwortlichen vor Gericht bringen.

Gemeinsame Munitionsbeschaffung: Die Militärhilfen von EU-Kommission und Mitgliedstaaten für die Ukraine gehen in Richtung 12 Milliarden Euro. In diesem Jahr sollen 30.000 ukrainische Militärs in der EU geschult werden. Von

der Leyen sprach sich auch für die gemeinsame Beschaffung von Munition für die Ukraine aus. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz schlug die Präsidentin als Vorbild das Verfahren bei der Beschaffung der Corona-Impfstoffe vor, bei dem die EU-Kommission die Federführung übernommen hatte. In Tallinn bekräftigte von der Leyen: „Wir werden mit der gemeinsamen Beschaffung beginnen, um dringend benötigte militärische Ausrüstung für die Ukraine zu liefern, wie etwa Munition des Kalibers 155 Millimeter.“

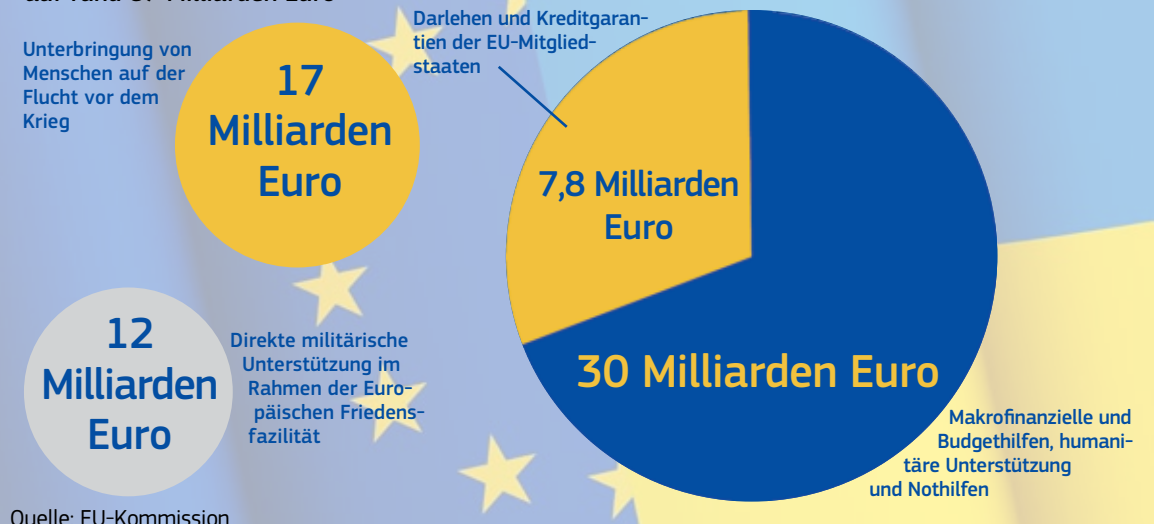
Handelserleichterungen: Im vergangenen Jahr hatte die EU die Zölle auf Exporte von Waren aus der Ukraine in die Europäische Union ausgesetzt. Diese Handelserleichterungen sollen verlängert werden. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Präsident der EU-Kommission und zuständig für die Handelspolitik, sagte: „Dank der rückhaltlosen Unterstützung der EU kann die Ukraine ihre Position im Handel mit der übrigen Welt leichter aufrechterhalten und zugleich ihre Handelsbeziehungen mit der EU vertiefen.“

FORSCHUNGSKOOPERATION STÄRKEN

Schon jetzt stehen der Ukraine viele EU-Programme offen, zum Beispiel die Initiative Erasmus für junge Unternehmer, die Gründerinnen und Gründern einen Gastaufenthalt in einem Mitgliedstaat der EU ermöglicht. Das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa wird in diesem Jahr zudem ein Büro in der Ukraine eröffnen, um die Forschungslandschaft in dem Land zu unterstützen. Über die Initiative MSCA4Ukraine können 124 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine ihre Forschungsvorhaben in der EU fortsetzen, davon 26 an wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland. (pr)

Tallinn-Erklärung

Die finanzielle, humanitäre und militärische Unterstützung der Ukraine durch die EU beläuft sich auf rund 67 Milliarden Euro



■ BREXIT

Von der Leyen und Sunak erzielen Einigung über Nordirland-Protokoll

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der britische Regierungschef Rishi Sunak haben sich auf gemeinsame Lösungen geeinigt, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Nordirland auf Dauer Sicherheit und Berechenbarkeit bieten werden. Sie werden weiterhin von ihrem einzigartigen Zugang zum EU-Binnenmarkt für Waren profitieren.

Der so genannte Windsor-Rahmen regelt unter anderem Zollkontrollen für Waren vom britischen Festland in die britische Provinz Nordirland. So werden Kontrollen für Waren, die in Nordirland verbleiben, drastisch reduziert. Güter, die weiter in den EU-Mitgliedstaat Irland geleitet werden, unterliegen weiterhin Kontrollen. Für Streitfälle zum EU-Recht bleibt der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg zuständig. Von der Leyen erklärte in London: „Dank unseres Erfolgs können wir heute endgültige Lösungen vorschlagen, die den Menschen und Unternehmen in Nordirland zugutekommen und unseren Binnenmarkt schützen. Dies ermöglicht uns auch, eine bilaterale Beziehung aufzubauen, gleich engen Verbündeten, die einander in Krisenzeiten zur Seite stehen.“

■ STROMPREISE

Deutschland darf elektrischen Schienenverkehr unterstützen

Die EU-Kommission hat staatlichen Hilfen der Bundesrepublik Deutschland für Bahnunternehmen, die Elektroantriebe nutzen, in Höhe von 1,1 Milliarden Euro zugestimmt. Mit den Mitteln sollen die im Personen- und Güterverkehr tätigen Firmen in diesem Jahr die gestiegenen Stromkosten auffangen. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für die Wettbe-

■ WASSERSTOFF

EU-Kommission billigt Förderung für grünen Stahl aus Hamburg

Eisenerz wird überwiegend mit Koks kohle zu Stahl verarbeitet. Dabei entsteht das Klimagas Kohlendioxid. Die EU-Kommission hat Beihilfen der Bundesregierung in Höhe von 55 Millionen Euro für das Unternehmen ArcelorMittal gebilligt. Mit der Förderung soll am Standort Hamburg bis 2025 eine Demonstrationsanlage zur Herstellung von Stahl mit Wasserstoff errichtet werden. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Wettbewerbspolitik, sagte: „Durch den Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff wird das grüne Stahlwerk zur Verringerung der Emissionen in einem energieintensiven Wirtschaftszweig beitragen und wertvolle Erkenntnisse

■ AKTIONSPLAN

Umweltkommissar Sinkevičius ruft Pakt für Fischerei und Ozeane aus

Die EU-Kommission hat mehrere Vorschläge präsentiert, um Fischerei und Aquakultursektor in Europa nachhaltiger zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Kommission lokalen Fischereigemeinden, dem Aquakultur- und dem Fischereisektor dabei helfen, nachhaltige Verfahren einzuführen – von der Verringerung des Energieverbrauchs bis hin zum Einsatz selektiverer Fanggeräte. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, forderte die Mitgliedstaaten auch auf, die Grundschepp-



© European Union 2023

Die neue Übereinkunft ergänzt das Protokoll zu Nordirland und Irland als Bestandteil des Abkommens der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten sowie die parlamentarischen Vertretungen in London und Nordirland müssen die Vereinbarung noch billigen.

[Windsor-Rahmen](#)

werbspolitik, teilte mit: „Das wird Deutschland dabei helfen, seine Ziele des europäischen Grünen Deals zu erreichen und gleichzeitig die Belastung der Verkehrsunternehmen durch steigende Stromkosten zum Nutzen der Passagiere und Frachtkunden zu verringern.“

[Umweltfreundliche Verkehrsmittel](#)

für den Ausbau dieser Technologie in der gesamten EU liefern.“ Im Zuge ihrer [Wasserstoff-Strategie](#) wird die EU bis 2030 Produktion und Einsatz des alternativen Energieträgers ausbauen. So werden zahlreiche Pilotprojekte gefördert. Auch in Deutschland. In Neumünster errichtet das Unternehmen Hypion eine Wasserstoff-Tankstelle für den Schwerlastverkehr. Im holsteinischen Lägerdorf baut das Unternehmen Holcim mit Unterstützung der EU eine der ersten [Wasserstoff-Zementfabriken](#) der Welt.

[Kohlenstofffreier Stahl](#)

netzfisherei in empfindlichen Gebieten schrittweise einzustellen. Der für Umwelt und Fischerei zuständige EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius erläuterte: „Wir wissen, dass dies eine schwierige Aufgabe ist. Aus diesem Grund wird der Wandel schrittweise erfolgen und wir werden den Dialog zwischen allen Akteuren fördern, um die Grundlage für einen widerstandsfähigen Fischerei- und Aquakultursektor zu schaffen.“

[Nachhaltige Fischerei](#)

Die EU-Kommission setzt auf Gigabit-Standard für alle bis 2030

Schnelles Internet in Europa über Festnetz oder Mobilfunk ist entscheidend für viele Anwendungen von der Industrie 4.0 über Telemedizin bis zum digitalen Lernen. Die EU-Kommission bringt daher den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa voran. Bis 2030 sollen alle Haushalte und Unternehmen in der EU Zugang zu schnellem Internet mit Gigabit-Standard erhalten – auch im ländlichen Raum.



“*Wir wollen einen digitalen Wandel gestalten, der auf den Menschen ausgerichtet ist.*“
Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission

Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton stellte die Gigabit-Initiative der EU-Kommission vor.

© European Union 2023

Eine entsprechende Initiative stellte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton vor. Er betonte: „Heute stellen wir sicher, dass alle Menschen überall in der EU Zugang zu einer schnellen und sicheren Konnektivität haben.“ Ein Gigabit-Ausbau – das entspricht 1000 Megabit pro Sekunde (Mbps) – setzt neue Standards. Zum Vergleich: Um einen Film übers Internet streamen zu können, reicht eine stabile Verbindung von 15 Mbps. Für flüssiges Online-Gaming sollten es schon 50 Mbps sein, 100 Mbps sind besser. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“, erklärte: „Gigabit-Netze sind der Wegbereiter für unseren digitalen Wandel.“

SCHNELLERE GENEHMIGUNGEN, BESSERER ZUGANG

Um die digitale Infrastruktur zu stärken, schlägt die EU-Kommission unter anderem vor:

- ▶ **Zügigere Genehmigungen:** Die EU setzt auf den Ausbau von leistungsfähigen Digital-Netzen. Genehmigungen für die erforderlichen Bauarbeiten sollen durch ein Gigabit-Infrastrukturgesetz beschleunigt werden. Zudem soll über den Fortgang der Arbeiten online informiert werden.
- ▶ **Besserer Zugang:** Die EU-Kommission gab den Mitgliedstaaten auch Empfehlungen an die Hand, wie neue Anbieter besseren Zugang zu etablierten Netzen erhalten können. Durch den Wettbewerb sollen der Ausstieg aus alten Technologien erleichtert und der Aufbau neuer Netzstrukturen unterstützt werden.
- ▶ **Faire Kostenteilung:** Streaming-Dienste für Filme oder Musik übermitteln große Datenmengen und profitieren damit von einer guten Netzinfrastruktur. Die EU-Kommission startete daher zeitgleich mit der Gigabit-Initiative eine Befragung, wie Internet-Unternehmen, die große Datenmengen transportieren, an den Kosten

für den Aufbau flächendeckender Netze beteiligt werden können. „Für das Hochgeschwindigkeits-Internet sind hohe Investitionen erforderlich“, erläuterte Breton. Daher werde geprüft, „ob die Plattformen die Kosten für Investitionen in die Konnektivität der nächsten Generation mit den Telekommunikationsbetreibern teilen sollten“, sagte der Kommissar.

DIGITALE DEKADE BIS 2030

Die Digitalisierung zählt zu den politischen Prioritäten der EU-Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen. So sind zum Beispiel 20 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Aufbauplan NextGenerationEU für Digitalisierung vorgesehen. Auf Initiative der EU-Kommission hatten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament im vergangenen Jahr das Programm „*Weg zur digitalen Dekade*“ verabschiedet. Es sieht bis 2030 konkrete Ziele zum Aufbau einer digitalen Infrastruktur und der Erweiterung der digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung vor. So wird angestrebt, dass bis zum Ende des Jahrzehnts 80 Prozent der Bevölkerung über grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen. Der Anteil der im IT-Sektor beschäftigten Frauen soll steigen. Die Fortschritte der Initiative werden jährlich festgehalten im Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft – Digital Economy and Society Index (DESI).

Laut dem *DESI-Bericht* für 2022 schwächelte Deutschland vor allem bei der digitalen Infrastruktur. So liegt die Glasfaserabdeckung mit 15,4 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 50 Prozent. Gute Ergebnisse erzielte Deutschland bei den digitalen Fähigkeiten der Beschäftigten. Von den rund 9 Millionen IT-Fachkräften in der EU arbeiteten rund 22,5 Prozent in Deutschland, das ist führend in Europa. (pr)

[Internet für Alle](#)

■ MOBILITÄT

EU-Kommission strebt den digitalen Führerschein an

Als erste Region weltweit strebt die EU flächendeckend die Einführung eines digitalen Führerscheins an. Das ist einer der Vorschläge, den die EU-Kommission in ihrem Paket zur Verkehrssicherheit vorgelegt hat. Ziel ist auch, schwere Verkehrsverstöße wie tödliches Rasen und Trunkenheit am Steuer stärker grenzüberschreitend zu verfolgen.

So soll ein Fahrverbot künftig EU-weit greifen. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean sagte: „Die, die sich nicht an die Straßenverkehrsvorschriften halten – egal in welchem Mitgliedstaat – werden nicht mehr ungestraft davonkommen.“ Bereits 2018 hatte die EU-Kommission mit dem Aktionsplan zur Verkehrssicherheit das Ziel ausgegeben, die Zahl der Toten und Schwerverletzten auf Europas Straßen bis 2030 um die Hälfte zu senken. Bis 2050 wird die Vision Null verfolgt: keine Toten im Straßenverkehr. Vălean sagte: „Sicheres Fahren ist von entscheidender Bedeutung, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten bis 2030 zu halbieren.“



Mit einem Maßnahmenpaket will die EU die Sicherheit im Straßenverkehr weiter erhöhen. © Shutterstock

BEGLEITETES FAHREN MIT 17 EUROPaweIT

Zur Erhöhung der Sicherheit im Verkehr schlägt die Kommission vor:

Digitale Führerschein: Um den grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern und die lästige Suche nach Dokumenten zu ersparen, strebt die EU-Kommission die Einführung eines digitalen Führerscheins an. Wer weiter einen physischen Führerschein bevorzugen möchte, werde diesen erhalten, stellte Vălean klar.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: 40 Prozent schwerer grenzüberschreitender Verkehrsdelikte wie zu schnelles Fahren oder Alkohol am Steuer bleiben ungesühnt, weil der Fahrer in einem anderen Mitgliedstaat wohnt. Künftig sollen die EU-Staaten bei der Ahndung schwerer Verstöße besser kooperieren. Wird zum Beispiel der Führerschein in einem Mitgliedstaat nach einem tödlichen Verkehrsunfall oder nach einer Alkohol- beziehungsweise Drogenfahrt eingezogen, soll das Fahrverbot in der gesamten EU greifen.

Besseres Training: Die EU-Kommission strebt auch an, den Unterricht in Fahrschulen zu modernisieren. So sollen künftig Sicherheitsaspekte eine größere Rolle spielen, etwa die Rücksicht auf Radler und Fußgänger. Aber auch andere Aspekte wie umweltbewusstes Fahren sollen stärker trainiert werden.

Begleitetes Fahren: In Deutschland und Österreich ist es schon Praxis: Nach erfolgreicher Fahrprüfung können junge Menschen bereits mit 17 Jahren Auto fahren. Voraussetzung: Sie fahren mit einer so genannten

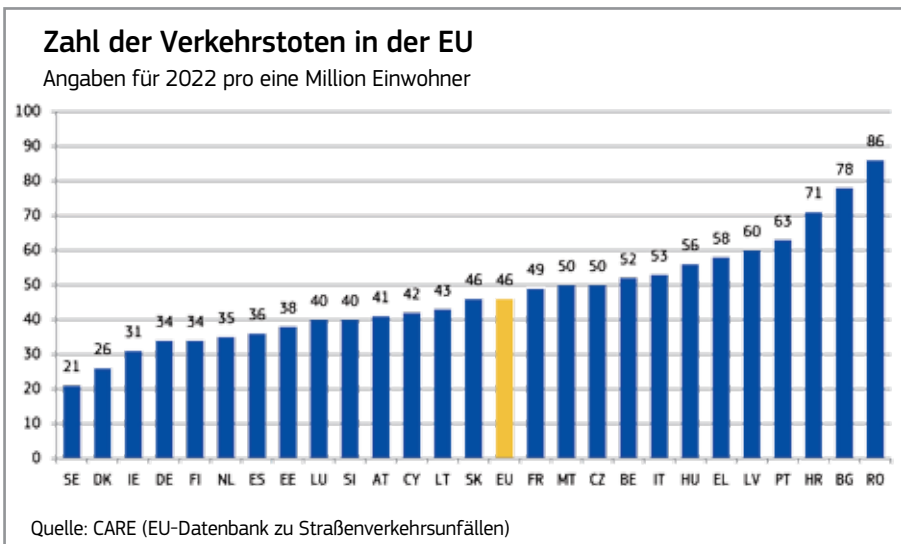
BF17-Begleitung. Die Kommission schlägt vor, dass Fahranfänger europaweit ab dem Alter von 17 Jahren Fahrstunden für den Erwerb eines Führerscheins nehmen und über begleitetes Fahren Praxiserfahrung sammeln können. Wer mit 17 die Führerscheinprüfung besteht, kann ab dem 18. Geburtstag allein fahren.

Probezeit für Fahranfänger: Der Kommissionsvorschlag sieht eine mindestens zweijährige Probezeit für Fahranfänger nach Bestehen der Führerscheinprüfung und Null-Toleranz bei Alkohol am Steuer vor.

HOHE ZAHL TÖDLICHER VERKEHRsunFÄLLE

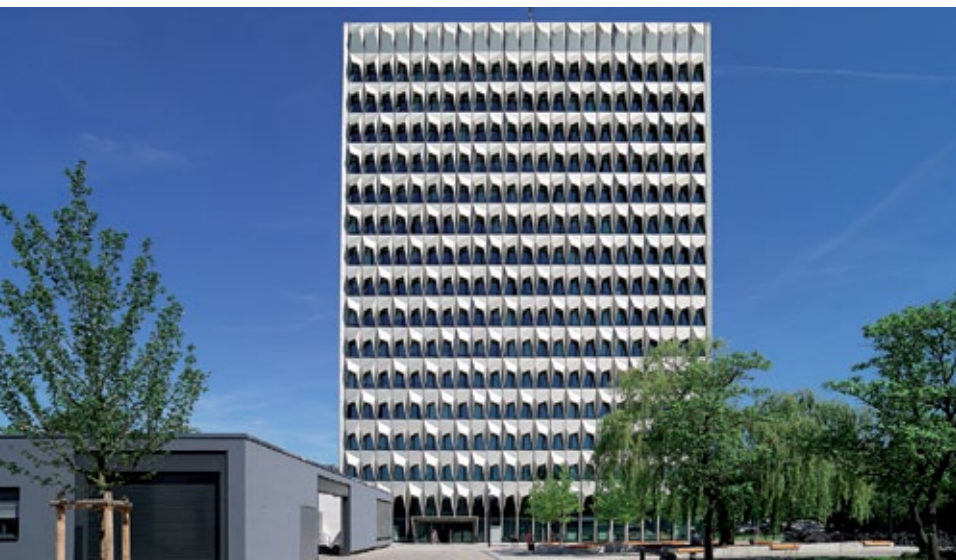
Nach einem Rückgang während der Pandemie war die Zahl der Verkehrstoten in der EU im vergangenen Jahr wieder gestiegen, insgesamt starben im Jahr 2022 in der EU rund 20.600 Menschen bei Verkehrsunfällen. Das sind 3 Prozent mehr als 2021, aber 10 Prozent weniger als vor Beginn der Pandemie 2019.

Verkehrssicherheit



Hochschule Darmstadt tüftelt an einem Novum

Arnd Steinmetz kann die Vorteile vom Forschen im europäischen Verbund sehr gut beschreiben. Der Informatik-Professor und Präsident der Hochschule Darmstadt sagt: „Die Vorteile der Europäischen Hochschulen liegen in Austausch und Kooperation.“



Leuchtturm der Wissenschaft: Das C10-Gebäude der Hochschule Darmstadt ist mit 66 Metern das höchste Gebäude der Stadt.

© Hochschule Darmstadt

Die *Initiative zu den Europäischen Hochschulen* wurde vor sechs Jahren gestartet und ist Bestandteil des Programms Erasmus+. Das Ziel der grenzüberschreitenden Hochschulallianzen: die transnationale Forschung stärken. In Darmstadt zum Beispiel forschen und entwickeln sie über die Grenzen hinweg mit acht anderen Universitäten in der EU. European University of Technology+ (EUt+) nennt sich der Forschungsverbund stolz. Doch hat Steinmetz schon eine andere Vision: „Zusammen mit den Partnern wollen wir eine neue Institution gründen: die erste gesamteuropäische Hochschule.“ Von der grenzüberschreitenden Allianz zu einer Universität mit Standorten in mehreren Ländern.

FÖRDERUNG DURCH DIE EU-KOMMISSION

Die EU-Kommission unterstützt die Hochschule in ihren europäischen Bemühungen schon jetzt. So erhielt Darmstadt den Zuschlag für eines der *neuen Pilotprojekte* im Zuge des Bildungsprogramms Erasmus+. Bei den Projekten geht es darum, gemeinsame Standards für europäische Hochschulabschlüsse voranzutreiben. Europa kennt zwar den Bachelor und den Master, gerade bei technischen Ingenieursstudiengängen aber klemmt es mitunter bei der Anerkennung der Abschlüsse. Nun soll mit Unterstützung aus Darmstadt ein gemeinsames Gütesiegel für ein Examen kommen. EU-Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas begrüßte die großen Fortschritte bei der Verwirklichung des europäischen Hochschulabschlusses, der sich zu einem Eckpfeiler des europäischen Bildungsraums entwickeln soll. „Die Tatsache, dass sich insgesamt neunzig Hochschuleinrichtungen an den Projekten beteiligen, sagt alles: Im gesamten Hochschulwesen besteht ein echter Wille, die Sache voranzubringen.“

In Darmstadt arbeitet Hochschulpräsident Steinmetz mit seinen europäischen Forschungspartnern bereits am nächsten Schritt: einer Uni-

versität mit Standorten in mehreren Mitgliedstaaten. „Wir bauen die Hochschule um“, sagt Steinmetz und erläutert: „Mein Traum ist, dass wir in zehn Jahren nicht von der Hochschule Darmstadt sprechen, sondern vom Campus Darmstadt der European University of Technology.“

EUROPÄISCHES VERSTÄNDNIS VON TECHNIK

Rund 16.000 Studierende zählt die Hochschule Darmstadt derzeit, vorrangig in Fächern wie Maschinenbau, Elektrotechnik oder Bauingenieurwesen. Die neue transnationale Hochschule käme auf rund 100.000 Studierende und in den Rankings bei der Größe unter die TOP 100 weltweit. Größe ist für Steinmetz dabei kein Selbstzweck. „Wir stärken ein europäisches Technikverständnis auf globalem Level. Und dafür ist Größe eine Voraussetzung“, sagt der Informatik-Professor.

In Darmstadt arbeiten sie nicht allein an neuen technischen Entwicklungen, sondern auch an einem europäischen Technikverständnis. „Think Human first“, beschreibt Steinmetz den Ansatz, die Anwender ins Zentrum der Entwicklung zu stellen. Gemeinsam mit den anderen Partnerhochschulen haben sie ein *European Culture und Technology Lab* gegründet, an dem Philosophen und Forschende aus den Naturwissenschaften gemeinsam über Technikfragen beraten. Es geht um die europäische Idee: Zusammenarbeit über eingefahrene Grenzen hinweg. Auch in den Wissenschaften. (pr)



Arnd Steinmetz, Präsident der Hochschule Darmstadt, strebt die erste transnationale Universität in der EU an.

© Hochschule DarmstadtKöln

42 Hochschulen aus Deutschland im Verbund

2017 vereinbarte die EU die Stärkung von europäischen Partnerschaften als Kern von Europäischen Hochschulen. Die Idee: Lehre und Forschung dürfen keine Grenzen haben

Nach der Ausschreibung im Rahmen von Erasmus+ 2022 gibt es aktuell 44 Europäische Hochschulallianzen, denen 340 Hochschuleinrichtungen angehören. Neben den 27 Mitgliedstaaten der EU umfasst das Netzwerk auch Einrichtungen in Island, Norwegen, Serbien und der Türkei. Aus Deutschland sind insgesamt 42 Hochschulen an 37 der geförderten 44 Allianzen beteiligt. 8 Allianzen werden von deutschen Einrichtungen koordiniert.

Europa in Zahlen

35,7

Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestags sind Frauen. Damit liegt der Frauenteil leicht über dem EU-Durchschnitt der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten von 32,7 Prozent. Das geht aus dem neuen Jahrbuch der europäischen Statistikbehörde Eurostat „*Key Figures on the EU in the World*“ hervor. Den höchsten Anteil an weiblichen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weisen Schweden (46,4 Prozent), Finnland (45,5 Prozent) und Dänemark (43,6 Prozent) auf.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte 2019 darauf beharrt, ein paritätisch besetztes Kommissarkollegium zu bilden. Die Gleichstellung ist auch ein zentrales Anliegen der EU-Kommission. Die Prioritäten sind in der EU-Strategie für die Gleichstellung von Männern und Frauen 2020 bis 2025 zusammengefasst. Die Erfolge bei der Gleichberechtigung werden im jährlichen EU-Gleichstellungsindex dokumentiert.

[Gleichstellungsindex](#)

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 05.–10.03.2023 12.00 Uhr	„Newsroom Europe. Protect, promote, and raise awareness on rights, Union values and bring the EU closer to young citizens.“ Seminar Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/projekt/newsroom-europe
> 07.03.2023 09.00–14.30 Uhr	„Erasmus+ in der Erwachsenenbildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunkt Bremen	Handwerkskammer Bremen Ansgaritorstraße 24 28195 Bremen	https://europapunkt.bremen.de/events/infoveranstaltung-erasmus-in-der-erwachsenen-bildung/
> 09.03.2023 16.30–18.00 Uhr	„Alles wird teurer: Was tut die EU für meinen Geldbeutel?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunkt Bremen	Online	https://europapunkt.bremen.de/events/inflation/
> 14.03.2023 16.30–18.00 Uhr	„4. Plattformtreffen für die Europawoche 2023“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunkt Bremen	Online	https://europapunkt.bremen.de/events/4-plattformtreffen-fuer-die-europawoche-2023/
> 16.03.2023 18.00–20.00 Uhr	„Europas Kriege. Europas Frauen. Europäische Kriege aus der Perspektive von Frauen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Netzwerk des Preis Frauen Europas, Europäische Akademie Berlin,	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/16-03-2023/europas-kriege-europas-frauen
> 17.03.2023 17.00–19.00 Uhr	„Brexit und die Folgen. Haben sich die Prognosen bewahrt?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Cuxhaven	havenhostel Kapitän-Alexander-Straße 16 27472 Cuxhaven	www.europatermine.de/europa-termin/termin/28808

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ DISCOVEREU

Am 15. März startet die neue Bewerbungsrunde

Eine neue Runde von [DiscoverEU](#) für die Vergabe von kostenlosen Zugtickets geht an den Start: Die Bewerbungsfrist beginnt am 15. März und endet am 29. März. Die Ausschreibung richtet sich an 18-jährige Bewerberinnen und Bewerber aus allen EU-Mitgliedstaaten und Ländern, die am Erasmus-Programm teilnehmen. Um ein Reiseticket zu gewinnen, müssen sich die 18-Jährigen auf dem Europäischen Jugendportal bewerben und fünf Fragen sowie eine Stichfrage beantworten.

Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber können zwischen dem 15. Juni 2023 und dem 30. September 2024 bis zu 30 Tage lang durch Europa reisen. Wie in der jüngsten Runde werden sie von einer Rabattkarte mit mehr als 40.000 Ermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel, Kultur, Unterkunft, Essen und Sport in allen teilnahmeberechtigten Ländern profitieren.

[DiscoverEU](#)



© Shutterstock

■ REGIOSTARS AWARDS

Ehrung für die besten Regionalprojekte

Gesucht werden die besten Regionalprojekte in der EU: Bis zum 31. Mai können sich die Träger von EU-geförderten Projekten für die RegioStars Awards bewerben. In diesem Jahr wird die Jury Projekte in sechs Kategorien auszeichnen: „Ein wettbewerbsfähiges und intelligentes Europa“, „Ein grünes Europa“, „Ein vernetztes Europa“, „Ein soziales und inklusives Europa“, „Ein bürgernäheres Europa“ sowie im Rahmen des *„Europäischen Jahres der Kompetenzen 2023“*. Wie in den vergangenen Jahren werden Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihr eigenes Lieblingsprojekt zu wählen.

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden im Rahmen der RegioStars-Zeremonie in Ostrava (Tschechische Republik) am 16. November 2023 bekannt gegeben. Mit den RegioStars werden seit 2008 europaweit kohäsionsgeförderte Projekte ausgezeichnet, die neue Ansätze in der Regionalentwicklung aufzeigen.

[RegioStars Awards](#)

■ PRAKTIKUM

Die Arbeit des Rates der Europäischen Union miterleben

Das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (GSR) bietet jedes Jahr verschiedene Praktika an: So gibt es 100 bezahlte Praktika für EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zum Stichtag für die Bewerbung mindestens den ersten Zyklus ihres Hochschulstudiums erfolgreich abgeschlossen haben und über ein entsprechendes Diplom oder ein gleichwertiges Abschlusszeugnis verfügen. Ein Praktikum im Team des Rates bedeutet unter anderem, Erfahrungen aus erster Hand mit der Arbeit des GSR zu sammeln, Einblick in die Prozesse und Politiken der EU-Institutionen zu erhalten, am Tagesgeschäft des Rates teilzunehmen und in einem multikulturellen, mehrsprachigen und multiethnischen Umfeld zu arbeiten. Bewerben können sich Interessenten, die EU-Bürgerinnen oder -Bürger sind oder aus einem Kandidatenland kommen, das die EU-Beitrittsverhandlungen abgeschlossen hat. Erforderlich sind sehr gute Kenntnisse in mindestens zwei EU-Amtssprachen. Die Bewerberinnen und Bewerber sollten noch keine (bezahlte oder unbezahlte) Ausbildung oder Beschäftigung von mehr als sechs Wochen in einem Organ, einer Einrichtung, einer Agentur oder einem Amt der EU absolviert haben. Stichtag für die nächste Bewerbungsrunde ist der 15. März 2023.

[100 bezahlte Praktika](#)

■ ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Mobilität in der Bildung verbessern

Mit einer öffentlichen Konsultation bittet die Europäische Kommission um Meinungen dazu, wie die Mobilität in der Bildung weiter gefördert werden kann. Bisher absolvieren nur 15 Prozent der jungen Menschen ein Studium, eine Ausbildung oder eine Lehre in einem anderen EU-Land. Die Kommission wird in diesem Jahr einen Gesetzesvorschlag zum Thema vorlegen. Alle interessierten Personen können sich bis zum 3. Mai 2023 online dazu informieren und ihre Erfahrungen und Meinungen einbringen.

Ziel der Initiative ist es, die Lern- und Lehrmöglichkeiten im europäischen Ausland in allen Sektoren und auf allen Ebenen des Lernens als Kernbestandteil des europäischen Bildungsraums zu verbessern. Gesucht werden Anregungen, wie die Mobilität zu Lernzwecken sozial inklusiver und umweltfreundlicher gemacht und stärker mit digitalen Lernangeboten verknüpft werden kann.

[Öffentliche Konsultation](#)



© olrat / Shutterstock.com